

**Gesetz zu dem Vertrag vom 10. März 1956
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien
über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung.**

Vom 25. Juni 1958.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 10. März 1956 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Innerstaatliches Recht im Sinne des Artikels 2 Buchstabe a des Vertrages ist die in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Berlin geltende Gesetzgebung über Sozialversicherung, soweit sie den Bestimmungen des Vertrages und dieses Gesetzes nicht entgegensteht.

Artikel 3

Die Vorschriften des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes vom 7. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 848) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21. Januar 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 17) und des Zweiten Änderungsgesetzes vom 4. September 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 767) sind entsprechend anzuwenden.

Artikel 4

(1) Unfälle und Krankheiten, welche die in Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a des Vertrages genannten Deutschen vor dem 1. Januar 1956 während der Zugehörigkeit zu der jugoslawischen gesetzlichen Unfallversicherung erlitten oder sich zugezogen haben und die nach jugoslawischem Recht Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten sind, werden so behandelt, als ob sie im Bundesgebiet eingetreten oder verursacht und Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten im Sinne der in Artikel 2 genannten Gesetzgebung wären.

(2) Die in §§ 1546 bis 1548 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Fristen beginnen frühestens mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrages.

Artikel 5

(1) Zeiten, die von den in Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a des Vertrages genannten Deutschen vor dem 1. Januar 1956 in einer jugoslawischen gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind oder als zurückgelegt gelten und nach jugoslawischem Recht Versicherungszeiten oder ihnen gleich-

gestellte Zeiten sind oder wären, wenn diese Personen bis zum genannten Tage im Gebiet der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien beschäftigt gewesen wären, werden wie Versicherungszeiten angerechnet, die in einer deutschen gesetzlichen Rentenversicherung im Bundesgebiet zurückgelegt worden sind.

(2) Die Wartezeit ist auch erfüllt, wenn die nach jugoslawischem Recht für den Erwerb des Leistungsanspruchs vorgeschriebene Mindestbeitragszeit zurückgelegt worden ist.

Artikel 6

(1) Hat ein Versicherungsträger im Bundesgebiet oder im Land Berlin auf Grund der in Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a des Vertrages genannten Ansprüche und Anwartschaften bereits vor dem Inkrafttreten des Vertrages eine Leistung bindend festgestellt, so hat es dabei sein Bewenden. Die Leistung ist jedoch auf Antrag unter Berücksichtigung dieses Gesetzes mit Wirkung vom Inkrafttreten des Vertrages an neu festzustellen, falls der Antrag innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages gestellt wird. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht nicht entgegen.

(2) Ist der Versicherungsfall vor dem Inkrafttreten des Vertrages eingetreten, jedoch vor diesem Zeitpunkt eine Leistung auf Grund der in Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a des Vertrages genannten Ansprüche und Anwartschaften von einem Versicherungsträger im Bundesgebiet oder im Land Berlin noch nicht bindend festgestellt worden, so beginnt die Leistung nach diesem Gesetz mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Vertrag in Kraft getreten ist, falls der Antrag spätestens innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages gestellt wird.

Artikel 7

Die Aufwendungen, die den Versicherungsträgern im Bundesgebiet und im Land Berlin in Erfüllung der von ihnen nach Artikel 2 Buchstabe a des Vertrages übernommenen Verpflichtungen erwachsen, werden teils vom Bund (Artikel 8), teils von den Versicherungsträgern im Bundesgebiet und im Land Berlin (Artikel 9) getragen.

Artikel 8

Der Bund trägt die Aufwendungen für die Leistungen, die

- a) für Zeiten vor dem 1. Januar 1957 von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und

b) in entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 1 Nr. 1 des Fremdrenten- und Auslandsrentengesetzes vom 7. August 1953 von der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung gewährt werden.

Artikel 9

Aufwendungen, die nicht nach Artikel 8 vom Bund getragen werden, sind von den verpflichteten Versicherungsträgern im Bundesgebiet und im Land Berlin zu tragen, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften vom Bund zu tragen sind.

Artikel 10

Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. in den Fällen, in denen die Versicherungspflicht über das Bundesrecht hinausging oder in denen die Beitragsberechnung, insbesondere in der freiwilligen Versicherung, abweichend vom Bundesrecht geregelt war, und für sonstige besondere Fälle zur Vermeidung von Härten Näheres über die Anrechnung der in Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe a des Vertrages bezeichneten Versicherungszeiten bestimmen. In derselben Weise können auch bestimmte Beitragsklassen für die Rentenberechnung auf Grund der anzurechnenden Versicherungszeiten festgelegt werden;
2. die Steigerungsbeträge für solche nach Artikel 5 dieses Gesetzes anzurechnende Versicherungszeiten feststellen,
 - a) bei denen das zu berücksichtigende Entgelt oder die Höhe des Beitrages nicht feststeht oder
 - b) die nicht nachweisbar sind, aber durch Arbeitsbescheinigungen oder sonstige als zuverlässig zu erachtende Unterlagen glaubhaft gemacht werden;
3. bestimmen, welche Zeiten als Beitrags- und Ersatzzeiten der jugoslawischen gesetzlichen Rentenversicherung anzusehen sind.

Artikel 11

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung bestimmt im Benehmen mit dem Bundesminister der Finanzen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, inwieweit der in Artikel 1 Abs. 2 des Vertrages genannte Betrag von 26 Millionen Deutsche Mark vom Bund, der gesetzlichen Unfallversicherung und den gesetzlichen Rentenversicherungen zu tragen ist. Dabei ist das Verhältnis zu berücksichtigen, in dem der zur Abgeltung der in Artikel 1 Abs. 1 Buchstabe b des Vertrages genannten Anwartschaften und Ansprüche errechnete Betrag zwischen dem Bund und den Versicherungsträgern zu verteilen wäre, wenn auf Grund dieser Anwartschaften und Ansprüche am Tage der Unterzeichnung des Vertrages die der Berechnung zugrunde liegenden Leistungen von Versicherungsträgern im Bundesgebiet und im Land Berlin hätten gewährt werden müssen. In der Rechtsverordnung kann auch geregelt werden, wie die von der gesetzlichen Unfallversicherung und von den gesetzlichen Rentenversicherungen nach Satz 1 zu tragenden Anteile auf die Versicherungsträger zu verteilen sind.

Artikel 12

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 13

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

Artikel 14

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 6 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 25. Juni 1958.

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Brandt

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien
über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung.**

**Ugovor
između Savezne Republike Nemačke
i Federativne Narodne Republike Jugoslavije
o regulisanju izvesnih potraživanja iz socijalnog osiguranja**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK JUGOSLAWIEN

haben zur Regelung gewisser in der Vergangenheit entstandener Forderungen aus der Sozialversicherung folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Folgende Ansprüche aus den Sozialversicherungen (Versicherungen für den Fall der Invalidität oder der Berufsunfähigkeit, des Alters und des Todes; Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) sollen durch Zahlung von Pauschbeträgen abgegolten werden:

- a) Alle Anwartschaften und Ansprüche aus den genannten Sozialversicherungen von Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland — im nachstehenden „Deutsche“ genannt —, die am 1. Januar 1956 ihren ständigen Wohnsitz im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder im Land Berlin hatten, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der bis zum 1. Januar 1956 in der jugoslawischen Sozialversicherung zurückgelegten Versicherungszeiten (Beitrags- und Ersatzzeiten) erwachsen sind;
- b) alle Anwartschaften und Ansprüche aus den genannten Sozialversicherungen von jugoslawischen Staatsangehörigen, die am 1. Januar 1956 ihren ständigen Wohnsitz im Gebiet der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien hatten, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der bis 1. Januar 1956 in der deutschen Sozialversicherung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder im Land Berlin zurückgelegten Versicherungszeiten (Beitrags- und Ersatzzeiten) erwachsen sind.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den sich zugunsten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien ergebenden Unterschiedsbetrag in Höhe von

26 Millionen Deutsche Mark

(in Worten: Sechszwanzig Millionen Deutsche Mark)

zwischen den für die in Absatz 1 genannten Anwartschaften und Ansprüche berechneten Pauschbeträgen innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Vertrages, jedoch nicht vor dem Tage, an welchem die nach Artikel 35 Absatz 3 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953 vorgesehene Mitteilung der Regierung des Königreichs von Großbritannien und Nordirland über die Hinterlegung der jugoslawischen Ratifikationsurkunde bei der Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist. Die Zahlung des Unterschiedsbetrages erfolgt im Wege des deutsch-jugoslawischen Zahlungsabkommens.

SAVEZNA REPUBLIKA NEMAČKA

i

FEDERATIVNA NARODNA REPUBLIKA JUGOSLAVIJA

u cilju regulisanja izvesnih potraživanja nastalih na osnovu socijalnog osiguranja u prošlosti sporazumele su se u sledećem:

Član 1

(1) Sledeći zahtevi iz socijalnog osiguranja (osiguranja za slučaj invaliditeta ili profesionalne nesposobnosti, starosti i smrti, osiguranja za slučaj nesreća na poslu i profesionalnih bolesti) otkupljuju se plaćanjem paušalnih iznosa:

- a) sva očekivana i stečena prava iz navedenih socijalnih osiguranja Nemaca u smislu Osnovnog zakona Savezne Republike Nemačke — u daljem tekstu „Nemaca“ —, koji su 1. januara 1956 bili stalno nastanjeni na području Savezne Republike Nemačke ili Land Berlina, ukoliko su ta očekivana prava nastala na osnovu vremena osiguranja (vreme doprinosa i izjednačeno vreme) provedenog u jugoslovenskom socijalnom osiguranju do 1. januara 1956;
- b) sva očekivana i stečena prava iz navedenih socijalnih osiguranja jugoslovenskih državljana koji su 1. januara 1956 bili stalno nastanjeni na području Federativne Narodne Republike Jugoslavije, ukoliko su ta očekivana i stečena prava nastala na osnovu vremena osiguranja (vreme doprinosa i izjednačeno vreme) provedenog u nemačkom socijalnom osiguranju na području Savezne Republike Nemačke i Land Berlina do 1. januara 1956.

(2) Iznos razlike u korist Federativne Narodne Republike Jugoslavije u visini od

26 miliona DM

(dvadesetšest miliona nemačkih maraka)

nastale na osnovu obračuna paušalnih iznosa za očekivana i stečena prava navedena u stavu 1 Savezne Republike Nemačka platiće u roku od mesec dana posle stupanja na snagu ovog Ugovora, ali ne pre onog dana koga Saveznoj Republici Nemačkoj bude dostavljeno saopštenje Vlade Kraljevine Velike Britanije i Severne Irske, predvidjeno u stavu 3 člana 35 Sporazuma o nemačkim spoljnim dugovima od 27. februara 1953, o polaganju jugoslovenske isprave o ratifikaciji. Iznos razlike platiće se putem jugoslovensko-nemačkog Platnog Sporazuma.

Artikel 2

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages übernehmen

- a) die Träger der deutschen Sozialversicherung gegenüber den in Artikel 1 Absatz 1 Ziffer a genannten Deutschen alle Verpflichtungen aus den in Artikel 1 Absatz 1 Ziffer a bezeichneten Anwartschaften und Ansprüchen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und
- b) die Träger der jugoslawischen Sozialversicherung gegenüber den in Artikel 1 Absatz 1 Ziffer b genannten jugoslawischen Staatsangehörigen alle Verpflichtungen aus den in Artikel 1 Absatz 1 Ziffer b bezeichneten Anwartschaften und Ansprüchen nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts.

Artikel 3

Mit der Zahlung des in Artikel 1 Absatz 2 genannten Unterschiedsbetrages werden

- a) die Träger der deutschen Sozialversicherung, bei denen die nach Artikel 1 Absatz 1 Ziffer b bezeichneten Anwartschaften und Ansprüche erwachsen sind, und
- b) die Träger der jugoslawischen Sozialversicherung, bei denen die nach Artikel 1 Absatz 1 Ziffer a bezeichneten Anwartschaften und Ansprüche erwachsen sind,

von allen Verpflichtungen aus diesen Anwartschaften und Ansprüchen befreit.

Artikel 4

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, alsbald Verhandlungen über den Abschluß eines Gegenseitigkeitsabkommens über Sozialversicherung aufzunehmen, in dem die in diesem Vertrag nicht erfaßten Fragen aus der Sozialversicherung geregelt werden sollen.

Artikel 5

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 6

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Belgrad ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 10. März 1956 in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Dr. Günter Seeliger

Für die
Föderative Volksrepublik Jugoslawien
gezeichnet:

Hasan Brkić

Član 2

Stupanjem na snagu ovog Ugovora preuzimaju:

- a) nosioci nemačkog socijalnog osiguranja prema Nemačima navedenim u članu 1 stav 1 tač. a) sve obaveze na osnovu očekivanih i stečenih prava navedenih u čl. 1 stav 1 tačka a), prema odredbama svoga unutrašnjeg zakonodavstva i
- b) nosioci jugoslovenskog socijalnog osiguranja prema jugoslovenskim državljanima navedenim u čl. 1, stav 1 tačka b) sve obaveze na osnovu očekivanih i stečenih prava navedenih u čl. 1 stav 1 tačka b), prema odredbama svog unutrašnjeg zakonodavstva.

Član 3

Plaćanjem iznosa razlike navedene u čl. 1 stav 2 oslobadjaju se:

- a) nosioci nemačkog socijalnog osiguranja kod kojih su nastala očekivana i stečena prava navedena u čl. 1, stav 1, tačka b) i
- b) nosioci jugoslovenskog socijalnog osiguranja kod kojih su nastala očekivana i stečena prava navedena u čl. 1, stav 1, tačka a)

svih obaveza u odnosu na ova očekivana i stečena prava.

Član 4

Strane ugovornice obavezuju se da što pre pristupe pregovorima za zaključenje sporazuma o socijalnom osiguranju na bazi reciprociteta u svrhu rešenja onih pitanja iz socijalnog osiguranja koja nisu rešena ovim Ugovorom.

Član 5

Ovaj Ugovor važi i za Land Berlin ukoliko Vlada Savezne Republike Nemačke ne da Vladi Federativne Narodne Republike Jugoslavije protivnu izjavu u roku od tri meseca od stupanja na snagu ovog Ugovora.

Član 6

(1) Ovaj Ugovor podleže ratifikaciji; ratifikacione isprave biće razmenjene u Beogradu što je moguće pre.

(2) Ovaj Ugovor stupa na snagu mesec dana od razmene ratifikacionih isprava.

RADJENO u Bonnu, dana 10 marta 1956 u dva originala, svaki na srpsko-hrvatskom i nemačkom jeziku, od kojih je svaki tekst jednako obavezan.

Za
Saveznu Republiku Nemačku
potpis:

Za
Federativnu Narodnu Republiku Jugoslaviju
potpis: